

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Peter Conradi MdB zur Notwendigkeit, im Bundestag die Bannmeilenpraxis zu diskutieren und die Anklagen gegen friedliche Bürger zurückzuweisen: Wer dem Parlament etwas sagen will, wird vor Gericht gestellt.

Seite 1

Hans-Günter Naumann MdL zur Realitätsferne des bayerischen Verfassungsschutzes: Kein Wort über Anschläge auf Asylantenheime.

Seite 2

Eberhard Iringer MdL zum Erfordernis, die Lebenssituation der jungen Menschen grundlegend zu bessern: Kinder in politische Entscheidungen einbeziehen.

Seite 4

Gerhard Schmid MdEP zum 70. Geburtstag von Katharina Focke: Eine weite Lebensstrecke mit und für Europa.

Seite 5

47. Jahrgang / 193

7. Oktober 1992

Wer dem Parlament etwas sagen will, wird vor Gericht gestellt

Zur Notwendigkeit, im Bundestag die Bannmeilenpraxis zu diskutieren und die Anklagen gegen friedliche Bürger zurückzuweisen

Von Peter Conradi MdB
Mitglied des Ältestenrates des Deutschen Bundestages

In der Bonner Bannmeile wird nicht die Volksvertretung geschützt, sondern die Meinungsfreiheit des Volkes unterdrückt. Zum wiederholten Male werden Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die dem Parlament ihre Meinung friedlich mitteilen wollen, von Bonner Staatsanwälten und Richtern dafür verfolgt, auch wenn die Arbeit des Parlaments in keiner Weise gestört wird, ja selbst, wenn der Bundestag in einer sitzungsfreien Woche nicht anwesend ist.

Die Wirtschaftslobbyisten haben mit Hausausweisen des Bundestags freien Zugang zu den Abgeordneten. Sie dürfen die Meinungs- und Willensbildung des Parlaments massiv beeinflussen. Das Volk hat diese Möglichkeit nicht. Wenn Otto und Mathilde Normalbürger dem Parlament in friedlicher Weise etwas sagen wollen, werden sie dafür vor Gericht gestellt. Selbst Abgeordnete, die sich solidarisch an derartigen Meinungsäußerungen beteiligen, werden von der Bonner Justiz bestraft. Damit wird nicht nur die Meinungsfreiheit nach Artikel fünf GG, sondern auch die Freiheit der Abgeordneten nach Artikel 38 GG beschädigt.

Die Eingriffe der Bonner Justiz in die verfassungsrechtliche Meinungsfreiheit sind umso befremdlicher, als der Eindruck entsteht, daß zwischen erwünschter und unerwünschter Meinungsäußerung innerhalb der Bannmeile unterschieden wird. Als vor der Parlamentsdebatte über die Änderung des Paragraphen 218 StGB Frauen und Männer vor dem Bundestag gegen eine Änderung des Paragraphen 218 StGB demonstrierten, griff die Polizei nicht ein. Damit kein Zweifel entsteht: Ich halte solche Meinungsäußerungen für wünschenswert, ja lebensnotwendig für eine parlamentarische Demokratie. Ich halte es jedoch für gefährlich, wenn der Eindruck entsteht, daß die Justiz mit zweierlei Maß mißt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaar 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Es wird Zeit, daß der Bundestag die Bonner Bannmellenpraxis diskutiert und die Übergriffe der Bonner Justiz gegen friedliche Bürger zurückweist. Die SED-Diktatur in der DDR ist zusammengebrochen, weil das Volk auf die Straße ging. Das war verboten. Wären die Bonner Staatsanwälte und Richter im Dienste der DDR-Justiz gestanden, dann hätten sie diese Bürger gewiß strafrechtlich verfolgt! Doch der Unterschied zwischen einer Diktatur und einer Demokratie besteht in der Meinungsfreiheit, und das ist die Freiheit, seine Meinung auch auf der Straße, auch vor dem Bundestag, friedlich zu äußern. Wer, wie die Bonner Justiz, diese Freiheit einschränkt, legt die Hand an die Wurzeln der Demokratie.

(-/7. Oktober 1992/rs/ks)

Kein Wort über Anschläge auf Asylantenheime
Zur Realitätsferne des bayerischen Verfassungsschutzes

Von Hans-Günter Naumann MdL
Vorsitzender der Münchener SPD

Ideologische Einäugigkeit in unerträglichem Ausmaß ist dem bayerischen Innenminister Stoiber und seinem Landesamt für Verfassungsschutz (VS) vorzuwerfen. In der Quartalschrift 3/92 des Amtes werden die Demonstranten gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München pauschal dem Linksextremismus zugeordnet, der "Münchner Kessel" als das Normalste von der Welt dargestellt und quasi auch noch bedauert, daß der Richter den polizeilichen Anträgen auf Unterbindungsgewahrsam nicht stattgegeben hat. Akribisch beleuchtet der Bericht die Aktivitäten der praktisch nicht mehr existierenden DKP in Nordrhein-Westfalen und Hessen, während die Ausländerfeindlichkeit der Rechtsradikalen und die Übergriffe auf Asylbewerber-Heime nicht stattfinden.

Auffallende Schonung gewähren Stoiber und sein Amt auch den Republikanern, deren Aktivitäten im Bericht keine Erwähnung finden, während beispielsweise die Hamburger Kollegen sehr wohl Bündnisse der REP-Basis auf den unteren Ebenen mit Extremisten feststellen. Dieser sogenannte Bericht ist keine sachliche Bilanz der Sicherheitslage, sondern ein echtes Stoiber-Produkt, das durch Auslassungen, Überbetonungen und Verzerrungen zum parteipolitischen Kampfblatt eines auf dem rechten Auge blinden Innenministers geworden ist. Ich habe diesen Bericht jetzt zum Gegenstand einer Schriftlichen Anfrage gemacht und fordere eine Neubewertung und Umorientierung der bayerischen Verfassungsschutz-Arbeit. Mit politisch gewollter Realitätsferne ist niemand gedient. Die Durchleuchtung der rechtsradikalen Szene muß intensiviert werden.

Man könnte glauben, in punkto Rechtsradikalismus in einer heilen Welt zu leben - ohne Anschläge, Angriffe und Aggressionen, wenn man die 35-seitigen "Verfassungsschutz-Informationen Bayern" sorgfältig gelesen hat. Hauptsächlich NPD und DVU werden unter "Rechtsextremistische Bestrebungen" abgehandelt, doch über die Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen der Rechtsradikalen gegen Ausländer und Asylbewerber in Deutschland, über die die halbe Welt spricht, verliert das Stoiber-Amt kein Wort. Kein Wort findet sich auch über die Anschläge gegen Asylbewerber-Heime in und außerhalb Bayerns.

Die DKP in Essen im Visier

Die "Informationen" ergehen sich dagegen langatmig über die innerparteilichen und allseits bekannten ideologischen Konflikte innerhalb der Rest-DKP - ganz egal, ob die Aktivitäten dieser

praktisch nicht mehr existenten Partei und ihrer Ableger nun in Mörfelden (Hessen), in Essen oder in Ergste-Teifendorf (an der Ruhr) stattfanden. Eine Aufwertung als willkommenes Feindbild erfährt auch die PDS mit ihren paar hundert Mitgliedern im Westen der Republik, wobei - offenbar mangels Aktivitäten - ihr interner Ideologie-Streit als Grund für die Beobachtung des Stoiber-Amtes diene. Die Republikaner dagegen gehören offenbar für die Stoiber-Schützer nun zum demokratischen Spektrum - trotz der eindeutig radikalen Sprache in den REP-Presseerklärungen gerade der letzten Zeit. Vielleicht sollte Herr Stoiber einmal nachlesen, was der Chef der Hamburger Verfassungsschutz-Behörde, Ernst Uhrlau, hier mitzuteilen hat:

"Unterhalb der Führungsebene arbeiten Republikaner mit den übrigen, also auch militanten Extremisten zusammen, trotz anderslautender Parteitagebeschlüsse. Die Parteibasis einschließlich der Jugend droht sich da zu verselbständigen. Das ist für uns ein wichtiges Indiz, daß die Republikaner eine rechtsextremistische Organisation sind - wie auch die Deutsche Volksunion und die NPD. Wer sich da nur auf die Bekenntnisse der Parteichefs zur Gewaltfreiheit verläßt, ist auf einem Auge blind."

Der bayerische Innenminister mag diesen Vorwurf getrost auf sich beziehen. Sein jüngster Bericht unterstreicht diese Einschätzung jedenfalls vollkommen.

Nicht nur ein Beitrag zur Des-Information, sondern eine grandiose Frechheit ist der Vermerk des Verfassungsschutzamtes über den "Polizei-Kessel" beim Weltwirtschaftsgipfel in München, der bewirkte, daß Bayern weltweit in einem Atemzug mit totalitären Regimen genannt wurde. Doch der Bericht versäumt es geflissentlich, die wahren Verantwortlichen dieses rechtswidrigen Vorgehens - Ministerpräsident Streibl, Innenminister Stoiber und die Polizeiführung im Innenministerium - zu nennen. Statt dessen wurde dieser Skandal verdreht und in die Schublade "Linksextremistische Einflußnahme auf sonstige Aktivitäten" gesteckt. Unter diesem Titel heißt es wörtlich:

"Am 6. Juli versuchten mehrere hundert Personen, darunter ein großer Teil Autonome und Antimperialisten aus dem gesamten Bundesgebiet, die Begrüßungszeremonie für die einzelnen Staats- beziehungsweise Regierungschefs durch Trillerpfeifen, Sprechchöre, Schreien und Johlen massiv zu stören. Die Polizei drängte diese Personengruppen hinter eine Vordersperre ab und umstellte sie. Dabei wurden Polizeibeamte beschimpft, beleidigt und teilweise angegriffen. Ein Beamter verlor durch einen Angriff mit einem Elektroschockgerät kurzzeitig das Bewußtsein. Die Polizei nahm insgesamt 491 Personen zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren wegen Nötigung unter anderem zur Identitätsfeststellung vorläufig fest. Danach wurden diese Personen in Absprache mit der Staatsanwaltschaft ab 21.30 Uhr nach und nach entlassen. In fünf Fällen stellte die Polizei Antrag auf Unterbindungsgewahrsam. Der zuständige Richter am Amtsgericht München verneinte den Anfangsverdacht einer strafbaren Handlung (Nötigung), so daß auch diese Personen wie die anderen freigelassen wurden."

Diese polit-ideologisch gewollten Verdrehungen, Auslassungen und Überbetonungen habe ich nun zum Gegenstand einer Schriftlichen Anfrage gemacht. Ich frage zum einen nach dem Grund für die auffallende Schonung der Republikaner, zum anderen nach der Ausklammerung der rechtsradikalen Übergriffe und der Ausländerfeindlichkeit, während die Darstellung der innerparteilichen Programm-Diskussionen linksextremer Parteien die verzweifelte Suche mit der Lupe verraten.

(-7. Oktober 1992/rs/ks)

Kinder in politische Entscheidungen einbeziehen

Zum Erfordernis, die Lebenssituation der jungen Menschen grundlegend zu bessern

Von Eberhard Irlinger MdL

Kinderbeauftragter der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Zunehmende Belastungen, Gesundheitsgefährdungen und ein hoher Anteil an Mißhandlungen prägenden Alltag von Kindern. Dies muß die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft endlich wahrütteln. Neben konkreten kinderpolitischen Maßnahmen in allen Politikfeldern ist eine stärkere Beteiligung der Kinder an politischen Entscheidungen, besonders in den Kommunen, aber auch konkrete Interessenvertretungen für Kinder wie Kinderbeauftragte, Kinderkommissionen oder Kinderbüros erforderlich.

Die aktuelle Lebenssituation von Kindern zeigt, wie notwendig es ist, endlich eine kinderfreundliche Lebenswelt zu realisieren;

1. Kinder sind betroffen von der eiterlichen Arbeitslosigkeit, deren Abhängigkeit von der Sozialhilfe und der wachsenden neuen Armut. Beispielsweise sind in München rund 10.000 Kinder auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.
2. Kinder sind betroffen durch die rücksichtslose Verschmutzung und Vergiftung der Umwelt. Die dramatisch gestiegene Zahl der an Allergien und Krebs erkrankten Kinder ist auch in Bayern mehr als besorgniserregend.
3. Kinder sind betroffen durch eine Politik, die zuläßt, daß ihre Lebens- und Spielräume zerstört werden. So gibt es eklatante Fehlplanungen im Wohnungsbau und bei der Wohnumfeldgestaltung. Im Verkehrsbereich wachsen heute eine große Anzahl von Kindern unter Bedingungen auf, die einer gesunden geistigen und körperlichen Entwicklung entgegenstehen.
4. Kinder sind betroffen von einer Politik, die dem Auto den Vorrang gibt. Das Unfallrisiko von Kindern in Deutschland ist im internationalen Vergleich sehr hoch: 1988 verunglückten in der BRD 488 Kinder tödlich, in der Schweiz dagegen "nur" 212, in Holland 186 und in Schweden 110.
5. Kinder sind betroffen durch steigenden Leistungsdruck und Konkurrenzkampf in der Schule. Gerade die CSU hat es zu verantworten, daß in Bayern die Klassen immer größer werden. Die Folge ist eine Paukschule mit der "Verkopfung des Unterrichts". Der Auslese- druck des dreigliedrigen Schulsystems a la CSU läßt immer mehr Kinder zu Medikamenten und Suchtmitteln greifen.
6. Kinder sind betroffen durch das erschreckende Maß an körperlicher und seelischer Mißhandlung. 1991 wurden in Bayern 2326 Kinder unter 14 Jahren sexuell mißbraucht. Dies sind lediglich die offiziell angezeigten Fälle. Die Dunkelziffer ist mindestens fünfmal so hoch. 600 bis 1.000 Kinder werden in der Bundesrepublik jährlich totgeprügelt.

Um letztlich in der Politik für Kinder glaubwürdig bleiben zu können, müssen politische Entscheidungen mit Kindern umgesetzt werden. Dafür gibt es im In- und Ausland bereits viele Modelle wie Kinderparlamente, Kinderbüros und Kindersprechstunde.

(-7. Oktober 1992/rs/ks)

Eine weite Lebensstrecke mit und für Europa

Zum 70. Geburtstag von Katharina Focke

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

"In Ihrem gegenwärtigen Zustand kann man die Europäische Gemeinschaft nicht lieben." Diesen Seufzer hast Du oft von Dir gegeben und tust es sicher noch heute. Nein, liebe Katharina Focke, die du nun am 8. Oktober 70 wirst, man kann es nicht und man tut es nicht. Aber du weißt wie wir, daß es alles ohne sie noch schlechter wäre und deshalb arbeiten wir an ihrer Verbesserung.

Nächst Willy Brandt bist Du diejenige von uns, die die weiteste Lebensstrecke in, mit und für Europa und seine Einheit zurückgelegt hat. Dein Vater, der unvergessene Ernst Friedlaender, hat diese Weichen zum Supranationalen gestellt. Vom bösen Zufall des Nationalsozialismus vertrieben, fand sich die Familie des Wirtschaftsspezialisten und Publizisten nach der Rückkehr aus den USA nach Europa mit der Mutter Franziska, einer Ärztin übrigens und damit ein weiteres Omen, im Schweizer Exil. Abitur am Fridericianum in Davos und anschließend ein Semester Studium der Nationalökonomie in Zürich.

Als die Barbarei zerbrochen war, kehrtest Du rasch heim nach Deutschland, studierst in Hamburg Deutsch, Geschichte und Englisch und verdingtest Dich nebenbei als Jungredakteurin bei der Kultur- und Reisezeitschrift "Merian". Nach zweijähriger Assistententätigkeit beim Vater in der Redaktion der "Zeit" folgte ein Studienjahr in Oklahoma und dann die Abrundung mit dem Studium der Politischen Wissenschaft und der Promotion zum Dr. phil. 1954 in Hamburg.

Deinem zu früh verstorbenen Mann, Ernst Günter Focke, Generalsekretär des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, hast Du in den folgenden Jahren den Rücken frei und das traute Heim schön gehalten. Nur gelegentlich hat Dich die englische Literatur zum Übersetzen für die deutschen Leser gereizt. 1961 warst Du dann rasch Geschäftsführerin des Bildungswerkes Europäische Politik.

1964 fandest Du zur SPD. "Wegen Europa", wie Du sagtest. Weil unsere Partei die längere und überzeugendere Tradition und (trotz mancher schwerer Kämpfe) das bessere Konzept für die europäische Integration vorwies. Dein Talent wurde rasch entdeckt. Die Kölner Genossen wissen politische Begabungen einzusetzen: Für eine Seiteneinsteigerin - das Kompliment sei erlaubt - in rasender Schnelle durchleitest Du die Parlamentsgebäude: 1966 bis 1969 im Düsseldorfer Landtag, 1969 bis 1980 Deutscher Bundestag 1979 bis 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments. Aber nicht einfach nur so.

Willy Brandt hatte Dich schon lange für sein Bundeskanzleramt entdeckt. Weil er die Europa-Politik voranbringen wollte, rief er Dich in sein Amt. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Kanzleramt schrieb Geschichte. Sie leistete unter anderem die Vorarbeit für den Haager Gipfel, der half den Stillstand der Gemeinschaft zu überwinden. Das war die Aufnahme Dänemark,

Großbritanniens und Norwegens. Das waren erste Schritte zur Wirtschafts- und Währungsunion und des Regionalfonds zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles und vieles andere mehr. Auf der nächsten Station als Bundesminister, wie Frauen in diesen Ämtern damals noch fast ohne Widerspruch genannt wurden, hast Du für das Ressort Jugend, Familie und Gesundheit das mütterliche Erbeil erfolgreich zum Tragen gebracht. Nicht ohne einen ordentlichen Schuß Europa, denn natürlich hatten der Verbraucherschutz schon damals eine ordentliche EG-Orientierung und das Deutsch-Französische Jugendwerk und die Vorarbeiten mit einem eben solchen für Polen waren Dir ein großes Anliegen - neben den Fragen der Gleichstellung von Mann und Frau. Auch das ein Thema, über das die Feder des Europäischen Gerichtshofs die erfreulichen Kapitel genötigt war zu schreiben, weil der liberale Koalitionspartner nicht so liberal war, wie er heute geme schwätzt und lautheusert-schnarrenbergt.

Es war gut, daß Du Deine Erfahrungen 1979 in das frische, erstmals direktgewählte Europäische Parlament eingebracht hast. Wir jungen Abgeordneten konnten von Deiner Gründlichkeit einiges lernen und auch Deinem Vorwärtsdrängen und Deiner Unnachgiebigkeit, wenn es sein mußte. Denn Prinzipien bedeuten Dir sehr, sehr viel. Wie auch Familien- und Freundschaftsbände. Und in der Logik der Geschichte liegt es, daß Du - nachdem Willy Brandt bei der ersten Direktwahl unser Spitzenkandidat war - 1984 unsere Spitzenkandidatin wurdest. Die erste Frau in Deutschland vor einer solchen Aufgabe. Du hast sie bravours gelöst. Die Pädagogin kam in Katharinas Circus voll zur Wirkung. Viele haben damals das getan, woran man die Unverständigen in Sachen Europa immer wieder erkennt: gelästert und gelächelt. Du hast bewiesen, wie man ein Thema interessant für Jung und Alt aufbereitet. Diese Sorge hattest und hast Du immer. Zurecht, wie uns die Diskussion nach Maastricht wieder bitter lehrt.

Fünf Jahre hast Du schließlich den Ausschuß des Europäischen Parlaments für Entwicklung und Zusammenarbeit geleitet. Auch dies in der bekannten vorbildlichen Weise in vollem Einsatz und oft ohne Schonung der eigenen Person. Auch das ist jetzt schon wieder drei Jahre her. Aber niemand würde sich wundern, wenn Du plötzlich wieder in unserer Mitte in Straßburg oder Brüssel säßest und kritische Fragen stelltest oder guten Rat einbrächtest. Wir würden uns freuen.

So wie wir uns freuen, wenn Du uns die Ehre gibst. Einmal die Hobbys wie Kochen, Gärtnern, Golfspielen oder Sprachenlernen und Schwimmen beiseite läßt, und wieder einmal eine unserer Konferenzen oder einen Parteitage besuchst. Das bestätigt uns erneut: Du gehörst zu uns. Und wir können weiter auf Dich zählen.

(-/7. Oktober 1992/rs/ks)
